

15. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion Bündnis90/Die Grünen

Moratorium und Zwischennutzung für den Palast der Republik-Rohbau ermöglichen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, umgehend in Verhandlungen mit der neuen Bundesregierung mit dem Ziel eines Moratoriums für den Abriss des noch vorhandenen Baukörpers des ehemaligen Palastes der Republik zu treten. Statt dessen ist die Zwischennutzung so lange zu ermöglichen, bis ein tragfähiges Konzept zur Finanzierung und ein geeigneter architektonischer Entwurf für das Humboldtforum vorliegen. Dabei sollen auch Entwürfe berücksichtigt und bewertet werden, die den Palastrohbau in ein künftiges Gebäudeensemble einbeziehen.

Aus einem Teil der für den Abriss vorgesehenen Mittel soll eine behutsame temporäre Gestaltung der Außenfassade vorgenommen werden.

Begründung:

Die Zwischennutzung der Palastruine hat das starke Potenzial deutlich gemacht, das in der Nutzung dieses Gebäudes als Ausstellungshalle liegt. Der Rohbau als Spiel- und Schaustätte genießt steigendes nationales und internationales Interesse. Fachleute bezeichnen den Palast als "stärkste Kunsthalle" Berlins, wenn nicht Deutschlands. Der Wert des verbliebenen Rohbaus ist mit 100 Mio. Euro zu beziffern. Dies mit einem finanziellen Aufwand von 20 Mio. Euro abzureißen, um auf dem Gelände anschließend eine Wiese anzulegen, wäre ein großer Fehler, zumal das Finanzierungskonzept ebenso wie das inhaltliche Konzept für das Schlossfassaden-Plattenbau-Konglomerat bisher auf tönernen Füßen steht. Das Land Berlin sollte sich dem Moratorium, das von zahlreichen Einzelpersonen und Initiativen getragen wird, anschließen und aktiv für eine Zwischennutzung bis zur entgeltlichen Entscheidung über die Bebauung des Schlossplatzareals eintreten.

Drei Jahre nach dem Bundestagsbeschluss zum Schlossneubau ist dessen Realisierung unsicherer denn je. Es gibt bis heute weder einen Bauherren, noch ein wirklich belastbares und konkretisiertes Nutzungskonzept, weder eine gesicherte Finanzierung, noch einen architektonischen Entwurf, nicht einmal einen gangbaren Realisierungspfad. Ein möglicher Baubeginn wird nicht vor 2012 zu realisieren sein.

Die kürzlich öffentlich gewordene Machbarkeitsstudie hat deutlich gemacht, dass die Empfehlung der Internationalen Expertenkommission (und damit die des Bundestagsbeschlusses vom Juli 2002) in wesentlichen Teilen nicht realisierbar ist: Das Programm des Humboldtforums müsste halbiert und 60% aller Nutzungen außerhalb des Schlossnachbaus untergebracht werden - Humboldtforum und Schlossnachbau sind kaum miteinander vereinbar.

Die Belastungen für die öffentliche Hand, verteilt über 30 Jahre (900 - 1200 Mio. €), entsprechen in etwa der Summe, die der Bund für den Umbau der gesamten von der Schrumpfung gezeichneten Städte in Ostdeutschland von 2002 - 2009 auszugeben bereit ist. Das Gebäude wäre mit Abstand das teuerste jemals in Berlin errichtete Bauwerk. Dabei sind die Kosten für die gesamten Tiefbaumaßnahmen in der Machbarkeitsstudie nicht enthalten. Das ist problematisch bei dem sumpfigen Baugrund, vor allem, weil die riesige Fundamentwanne unter der Palastruine abgetragen werden soll. Auch der geplante U-Bahnhof nebst Bahntrasse der U-5 müsste bei den vorliegenden Plänen weiter in die Tiefe verlegt werden. Diese Kosten sind nicht im Konzept enthalten.

Auch der Rat für Stadtentwicklung, ein Zusammenschluss von Experten aus dreizehn Vereinigungen und Kammern, Hochschulen und Instituten hat vor den unseriösen Plänen zur Finanzierung und zum Neubau des geplanten Gebäudes gewarnt.

Der Palast der Republik sollte nicht abgerissen werden, solange kein seriöses Neubau- und Finanzierungskonzept vorliegt. Das Gebäude und die für den Abriss eingeplanten Mittel sollten bis dahin einem vertrauensvollen kulturellen Träger übergeben werden, um hier in provisorischer Form Programmelemente eines ausgearbeiteten, durchdachten und zukunftsweisenden Konzepts eines Humboldtforums experimentell zu realisieren, zu erproben und zu entwickeln und weiter eine künstlerische Zwischennutzung zu ermöglichen.

Die Planung für die langfristige Neugestaltung soll zügig vorangetrieben werden. Der Bundestagsbeschluss vom Juli 2002 ist nur mit unerwarteten Einschränkungen und Schwierigkeiten in Hinsicht auf Nutzung, Baukörper und Kosten realisierbar. Daher sind für das Programm des Humboldtforums andere bauliche Varianten mit Bezug zur einstigen Schlossarchitektur als die vom Bundestag empfohlene auf ihre jeweiligen Vor- und Nachteile zu prüfen.

Berlin, den 08. November 2005

Dr. Klotz Ratzmann Hämmerling Ströver
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen